

Antrag 2024/I/Arb/6

Jusos Hamburg

Überschuldung verhindern – Armutfallen bekämpfen

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den SPD Bundesparteitag
2 weiterleiten: Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert:

3 1. Ein mit dem Kurzarbeitergeld vergleichbares Instrument zur Absicherung von nicht versi-
4 cherungspflichtig Beschäftigten zu schaffen, 2. die Institutionalisierung der Beratungsangebo-
5 te für Selbstständige voranzutreiben und 3. sich für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne
6 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
7 (BMUV) zur Arbeit der Schuldnerberatungsstellen einzusetzen.

8 **Begründung**

9 Knapp sieben Mio. Menschen in Deutschland gelten als überschuldet. Somit ist jeder zehnte
10 Erwachsene Mensch betroffen. Überschuldung bedeutet nach dem Armuts- und Reichtumsbe-
11 richt der Bundesregierung, dass Einkommen und Vermögen über einen längeren Zeitraum trotz
12 Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu begleichen.
13 Durch die Auswirkungen von Corona und des andauernden Angriffskrieges Russlands gegen
14 die Ukraine rutschen immer mehr Menschen in die Überschuldung. Die verbreitete Wahrneh-
15 mung von Überschuldung ist, dass es sich um eine private Angelegenheit handelt. Betroffenen
16 wird eine persönliche Schuld zugewiesen. Oft leiden überschuldete Menschen unter ihrer Si-
17 tuation, was zu psychischem Stress, Krankheit, und weniger sozialer Teilhabe führt. Studien (iff-
18 Überschuldungsreport 2019; FES, Private Überschuldung in Deutschland 2021) belegen, dass
19 weniger als 20 Prozent der Fälle von Überschuldung auf sogenanntes „vermeidbares Verhalten“
20 – wie Konsumverhalten und Haushaltsführung – zurückzuführen ist. Vielmehr bringen exter-
21 ne Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Trennung, Krankheit, und Einkommensarmut
22 Menschen in die Überschuldung. Absicherung für nicht versicherungspflichtig Beschäftigte
23 Von finanziellen Einbußen und drohender Überschuldung besonders betroffen sind prekär
24 Beschäftigte, Selbstständige und Menschen in Ausbildung. Kurzarbeitergeld ist ein wirksa-
25 mes Instrument, krisenbedingte Armut abzufedern und Überschuldung vorzubeugen. Analog
26 zum Kurzarbeitergeld fordern wir ein Absicherungsinstrument über die versicherungspflich-
27 tige Beschäftigung hinaus für Minijober*innen und prekär Beschäftigte. Beratungsangebote
28 für Selbstständige Starke Einkommenseinbußen haben auch Solo-Selbstständige schwer be-
29 lastet. Davon besonders betroffen sind solo-selbstständige Frauen, die zu einem Drittel we-
30 niger als 1.500 Euro netto im Monat verdienen (Hans-Böckler-Stiftung, Selbstständige in
31 der Corona-Krise 2021). Das von der öffentlichen Hand finanzierte Angebot an Schuldner-
32 und Insolvenzberatungsstellen für abhängig Beschäftigte Menschen soll daher auf Solo-
33 Selbstständige oder Inhaber*innen von Kleinunternehmen, die vor Schulden- und Überschul-
34 dungsproblemen stehen, erweitert werden. Kampagne für Aufmerksamkeit Schuldnerbera-
35 tungsstellen sind nach wie vor kaum bekannt und werden nicht als Unterstützungsinstru-
36 ment wahrgenommen. Gerade zu Beginn einer potenziellen Überschuldungssituation ist ei-

37 ne Schuldnerberatung jedoch wirksam. Die neue ministerielle Zuständigkeit durch das BMUV
38 muss genutzt werden, um auf die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen durch eine öffentlich-
39 keitswirksame Kampagne aufmerksam zu machen.